



Luxuriöse Appartements mit Pool warten auf Asylanten aus Afrika

Wie die Kronenzeitung vom 15.12.2007 berichtete, entsteht auf dem riesigen Areal eines ehemaligen Kabelwerkes in Wien-Meidling ein völlig neuer Stadtteil, der im Endausbau für 3000 Menschen eine neue Heimat sein soll. Nun ziehen zum Ärger der überrumpelten Bewohner Dutzende Asylanten in ein Haus ein, das mit Wellnessbereich, Sporträumen und Pool auf dem Dach besticht.

Mehr als 1000 Wohnungen sind in dem hoch gejubelten Stadtentwicklungsgebiet bereits bezogen. Den neuen Mietern und Eigentümern hat man aber kein Sterbenswörtchen davon gesagt, daß im Zentrum der Anlage schwarzafrikanische Asylanten einquartiert werden. Vor allem Jungfamilien mit Kindern, die rund 30.000,— Euro Genossenschaftsanteil oder mehr als 130.000,— Euro für ein Eigenheim hinblättern müssen, sind empört und fürchten um ihre Sicherheit. „Viele sind aus heruntergekommenen Grätzeln im 12., 15. oder 16. Bezirk hierher gezogen, weil sie nicht länger mit anschauen wollten, daß vor ihren Augen ungeniert gedealt wird“, informiert der freiheitliche Bezirksrat Franz Haas, der selbst eine Wohnung im Kabelwerk hat. Dabei war das so genannte Poolhaus als kurzfristige Unterkunft für Studenten oder Geschäftsleute gedacht. Derzeit sind 20 Luxusappartements von Asylanten des Vereins Ute Bock bewohnt, der auch von der Stadt Wien unterstützt wird. Dieser Verein stand schon einmal in starker öffentlicher Kritik, als hunderte Asylanten unter einer Anschrift geführt wurden und somit dem Zugriff der Polizei entzogen wurden.

Plakat-Skandal bei den Grünen

In Umwandlung eines Sauberkeits-Slogans der Stadt Wien werben die Grünen nun - schier unfaßbar - mit: „Wer Österreich liebt, muß Scheiße sein.“ Das Plakat klebt an einem Fenster der Wiener Parteizentrale. Landessprecherin Birgit Meinhard-Schiebel dazu: „Eine mißlungene, überzogene Satire. Ich unterstütze das nicht.“

„Das ist doch der absolute Wahnsinn“, informierte der Wiener FP-Bezirksrat Vincent Holzleitner über diesen Plakat-Skandal. Daß Alexander van der Bellen und Eva Glawischnig im Wiener Bezirk Neubau an dem Protest-Papierl vorbeigehen, das dazu aufruft, mit der österreichischen Fahne Kot aufzuwischen, sei „die Höhe“. Die peinliche, unappetitliche Aktion soll „den Nationalismus anprangern“, so die Grünen, die Parteijugend sei dabei übers Ziel hinausgeschossen.

Ob dieser Partei überhaupt noch recht ist, daß Österreicher ihr Steuergeld über die Parteienförderung an die Lindengasse schicken? Mitbegründer dieser Ex-Öko-Bewegung wie Günther Nenning wären entsetzt.

Polizei muß hart durchgreifen

Wie die Zeitungen bereits im Dezember 2007 berichteten, herrscht weiterhin gespannte Ruhe rund um die Theodor-Körner-Hauptschule 1 in St. Pölten. Wie mehrmals berichtet, hatte dort ein 15-jähriger Albaner mit einer Horde von Asylantenburschen einen einheimischen Jugendlichen krankenhaushausreif geprügelt. Ein zweiter war mit dem Messer bedroht worden. Mit Erlaubnis des Direktors Reinhard Binder dürfen die Opfer der Ausländer - sie stammen aus einer anderen Schule - noch einige Tage dem Unterricht fernbleiben. Inzwischen werden die Rufe nach einem harten Vorgehen der Behörden gegen die kriminellen „Jungrambos“ immer lauter. Denn einige gewaltbereite Albaner und Tschetschenen, noch stellen sie in St. Pölten eine Minderheit dar, drohen weiter. Die Väter versuchen die Situation zu beruhigen: „Wir wollen Frieden.“

Die 68er sind an ihrem Ziel angekommen:

„Es liegt im Wesen pubertären Verhaltens, alle althergebrachten Maßstäbe zu zerbrechen, ohne diese durch neue, bessere ersetzen zu können oder zu wollen. - Der „lange Marsch durch die Institutionen“ - Rudi Dutschke prägte diesen Begriff, der auf Mao Zedongs Todesmarsch anspielte - endet in die Wüste der Unreife und der Verflachungen.“

ao. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Taschner, Österreichs Wissenschaftler des Jahres 2004.

Viele junge Muslime gewaltbereit

Ein Viertel der in Deutschland lebenden Muslime ist gewaltbereit. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Innenministeriums. Zwölf Prozent der Muslime befürworten demnach die Todesstrafe. Viele sind zudem demokratiefeindlich - doch diese Einstellung gibt es im selben Maß auch bei Deutschen.

Zahlreiche in Deutschland lebende Muslime sind laut einer Studie zu Gewalt gegen Andersgläubige bereit. Das treffe auf jeden vierten jungen Islam-Gläubigen hierzulande zu, schreibt die „Frankfurter Rundschau“ unter Berufung auf die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Auftrag gegebene Studie. Zudem habe sich gezeigt, daß die Religion innerhalb der muslimischen Bevölkerung eine enorme, bei jungen Leuten noch wachsende, Bedeutung habe.

Sechs Prozent werden als „gewaltaffin“ eingestuft.

40 Prozent der Muslime ordne die Studie als fundamental orientiert ein, mit klaren religiösen Orientierungsmustern und Moralvorstellungen. Eine kleine Gruppe von sechs Prozent werde als „gewaltaffin“ eingestuft. Immerhin 14 Prozent der Befragten, von denen knapp 40 Prozent einen deutschen Pass hatten, stünden mit der Rechtsstaatlichkeit auf Kriegsfuß und zeigten eine problematische Distanz zur Demokratie, schreibt die Zeitung.

Laut der Erhebung der Hamburger Sozialforscher Peter Wetzel und Katrin Brettfeld identifizierten sich zwölf Prozent der Muslime in Deutschland mit einer stark religiös-moralischen Kritik an westlichen Gesellschaften, kombiniert mit der Befürwortung von Körperstrafen bis hin zur Todesstrafe. Schäuble sehe darin ein „ernstzunehmendes islamistisches Radikalisierungspotenzial“, schreibt die Zeitung.

Ausgrenzung soll Schuld an der Islamisierung sein.

Der Kultur- und Sozialanthropologe Werner Schiffauer sagte dem Blatt, die Studie komme aber auch zu dem Schluß, „daß demokratiefeindliche Einstellungen etwa gleich verteilt sind bei Muslimen und Deutschen. Daraus läßt sich nicht schließen, daß der Islam Demokratiefeindlichkeit stärker fördert“.

Schiffauer führt die Islamisierung muslimischer Migranten dem Bericht zufolge auch auf ihre Ausgrenzung zurück: „Jugendliche etwa, die in der dritten Generation in Deutschland leben, werden als Ausländer wahrgenommen. Ihre zentrale Erfahrung ist, daß sie sich als Deutsche fühlen und trotzdem ausgegrenzt werden. Dann suchen sie nach Antworten, woher diese Diskriminierung kommt.“ Eine Antwort könne die ethnische Zugehörigkeit sein, eine biete der Islam. Der Zusammenhang von Ausgrenzung und islamischer Orientierung schein sehr deutlich zu sein, wird der Forscher zitiert.

(STERN, 20.12.2007)

EU – Reformvertrag für die heimische Bevölkerung zu kompliziert?

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer lehnt eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag vehement ab. Das jedenfalls sagte der SPÖ-Vorsitzende in einem ORF-Mittagsjournal. Offenbar hat er Angst vor der eigenen Bevölkerung. Oder er hält - so wie die schwarze Außenministerin Ursula Plassnik - die Bevölkerung schlicht und einfach für zu blöd. Und um der unseligen Geschichte rund um den EU-Reformvertrag die Krone aufzusetzen, hat sich auch unser Herr Bundespräsident zu Wort gemeldet. Auch er in seiner grenzenlosen Weisheit ist gegen eine Volksabstimmung. Wörtlich meinte er: „Die Ratifizierung des Vertrags durch das Parlament ist jedenfalls eine vertretbare Lösung“. Davon abgesehen, daß ein Bundespräsident eigentlich immer die Verpflichtung hat, sich bei jedem politischen Thema für die Einbeziehung des Volkes auszusprechen, sollte er sich aus der Tagespolitik heraushalten und schon gar nicht für die Regierungsparteien Partei ergreifen.

Im Zusammenhang mit der geforderten Volksabstimmung erinnerte Gusenbauer auch daran, daß die Österreicher bei der Volksabstimmung 1994 angeblich jeder Entwicklung in der EU - auch wenn sie verfassungswidrig und undemokratisch sei - zugestimmt hätten. Das hätte er gerne.

Aber so sind sie - die Berufspolitiker. Zuerst lügen sie uns in die EU hinein (Schilling bleibt, Sparbuchanonymität bleibt, Neutralität bleibt usw.) und zum Schluß steht dann am Ende ein europäischer Bundesstaat. Auch wenn die Eurokraten das immer in Abrede stellen.

Die Forderung kann daher nur lauten: **Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag!**

Revolutionär ...

ist für den KURIER, dem Wiener Genetiker Markus Hengstschläger, Frau Susanne Mauther-Weber und viele, viele grüne oder sonstgefärbte Gutmenschen folgende Erkenntnis: **Typisch männliches und weibliches Verhalten ist schon in die Wiege gelegt.**

Und was sagt Herr Hengstschläger noch: „**Wer den Biologismus leugnet, macht einen schweren Fehler**“.

Also da schau her!

Wir haben diesen Fehler nie gemacht und bringen Ihnen daher wörtliche Ausschnitte aus dem links-liberalen KURIER:

Bisher war die Welt der Feministen in Ordnung: „Es gibt in Sachen Verhalten keinen naturgegebenen Unterschied zwischen Männern und Frauen“, war der wissenschaftliche Tenor. Es ist die Sozialisierung von Mädchen und Buben, die kleine Machos und Tussis produziert. Jetzt ist alles anders. Und schuld daran ist eine Frau: Jane Taylor von der Yale University hat mit Geschlechtschromosomen experimentiert und tatsächlich Beweise dafür gefunden, daß es von Genen bestimmte Unterschiede beim Verhalten von Adam und Eva gibt. „Das ist revolutionär“, sagt der Wiener Genetiker Markus Hengstschläger, der selbst in Yale gearbeitet hat.

Die Verhaltensgenetik ist derzeit eines der heißesten Themen in der Wissenschaftswelt. Es begann vor 15 Jahren mit dem Homosexualitätsgen, das es nicht wirklich gibt.

Zitat:

Journalisten, Politiker, Wissenschaftler und Intellektuelle teilen sich die öffentlichen Sprach-Räume, in denen sie dafür sorgen, dass die Vorstellung von einem demokratischen Staat (...) in den Köpfen erhalten bleibt, und zeigen die Grenzen auf, innerhalb deren Menschen zu denken, zu fühlen und zu handeln haben, um als gute, normale Staatsbürger zu gelten.

Klaus Weber

!! Veranstaltungen !!

Min.Rat i.R. DI Günter Rehak

spricht über

*Wer war Aischa? -
Die Spaltung des Islam*

> Donnerstag, 21. Februar 2008, 19.45 Uhr <

Videoabend

über

Zeitgeschichtliche Fragen

> Donnerstag, 28. Februar 2008, 19.45 Uhr <

Nächste Veranstaltungen 06., 13., 27.03. und 03.04.2008

**Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift**

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im

Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72
(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)
Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)
- Geschlossene Veranstaltungen! -

Wir danken für jede Spende!

ACHTUNG: Da unser bisheriges Konto bei der PSK ohne Angabe von Gründen gekündigt wurde, ersuchen wir Sie, in Zukunft nur noch die Erlagscheine der BAWAG für Einzahlungen zu verwenden.

Unsere lieben Gutmenschen

Unsere schöne Heimat Österreich befindet sich in einem Würgegriff von sogenannten Gutmenschen. Dieser Sorte Mensch ist es völlig egal ob sie sich beim Spaziergang, ihrem Einkauf oder an ihrer Arbeitsstelle in wenigen Jahren türkisch, arabisch oder nur noch in einem afrikanischen Dialekt mit ihren Mitmenschen unterhalten können. Fremdsprachen sind etwas Wunderbares. Ihre Kenntnis kann unseren geistigen Horizont sehr erweitern. Unsere eigene deutsche Sprache muß aber für uns als eines der wichtigsten Kulturgüter erhalten bleiben. Man ist wirklich nicht aufgeschlossen gegenüber der Welt, wenn man jedes fremde BLABLA nachhört. Es beweist nur, daß der Sprecher sich seiner eigenen Kultur schämt und diese am liebsten verleugnen würde. Es gehört zum heutigen Gutmenschen-Zeitgeist, daß dieses Verleugnen ununterbrochen geschieht.

Die Menschheitsgeschichte hat es aber immer wieder bewiesen, daß Völker, die ihre eigene Kultur aufgeben, vom Untergang gezeichnet sind. Es ist daher kein Zeichen von besonderer Weltoffenheit in Europa jeden Afrikaner, Asiaten oder Indianer mit offenen Armen aufzunehmen. Daraus ersieht man nur, wie tief die Völker Europas auf ihrem Weg in den Untergang schon gesunken sind.

Ob man nun Wien, Berlin, Paris oder London betrachtet, es ist überall das gleiche Bild. Die Zuwanderer kommen meist aus islamischen Ländern. Trotzdem bieten die christlichen Kirchen in diesem Kulturkampf keine Hilfestellung. Wenn der Bürger nun in Wien die Zeitungen aufblättert, bekommt er ein erschreckendes Bild unserer Gesellschaft. Aus den Gerichten wird fast nur von Zuwanderern oder von Asylanten berichtet. Man liest meist nur von Verhandlungen gegen albanische, serbische oder türkische Verbrecher. Diese Täter werden dann noch von unseren Gutmenschen entschuldigt mit dem Argument, daß der Täter in unserer Gesellschaft nicht integriert war und daß er daher ein Opfer unserer Gesellschaft geworden ist.

In den Volksschulen von Wien waren zuletzt 43,4% Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache. In den Hauptschulen lag der Anteil bei 50,6%! Es gibt in unserer Stadt Gegenden, die zu 90% von Moslems bewohnt sind. Die 3. Türkenbelagerung ist in vollem Gange. Tatsache ist, daß die türkische Gruppe in Österreich die am schnellsten wachsende ist. Warum sollte sich aber ein Türke, der stolz auf seine Sprache und Kultur ist, in unser Volk integrieren? Von den hier lebenden Moslems sind mindestens 55% nicht integrationswillig, und der islamisch geprägte Mensch ist **nicht** integrationsfähig. Aber der Anteil der Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache wird ca. 2080 spätestens in unserem Land die 50% -Hürde übersteigen. Unsere Urenkel werden dann fragen: „Waren die damals zu blöd, sich in diesem Kulturkampf zu wehren?“

GB

VÖLKERMORD AM DEUTSCHEN VOLK !

Der amerikanische Präsident George W. Bush Jr. auf die Frage, was er zum Thema „ethnische Säuberungen“ zu sagen habe:

„Einer der schwersten Fälle kultureller Ausrottung traf vor 55 Jahren die Deutschen. Ethnische Säuberung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gleichgültig, wer sie an wem verübt. Ich unterstütze die Aufgaben des Instituts für deutsch-amerikanische Beziehungen, die Öffentlichkeit über die Tragödie der Entwurzelung von 15 bis 17 Millionen unschuldigen deutschen Frauen und Kindern aufzuklären. Die unschuldigen Menschen wurden Opfer der schlimmsten Zeit ethnischer Säuberung in der ganzen Weltgeschichte, der ethnischen Säuberung von 1944 bis 1950.“

aus: Deutschland-Union-Dienst (D.U.D.)-Sonderdienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nr. 6, vom 02.04.2001, Seite 1

Wiener Beobachter, Folge 220 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: BAWAG 04210-833-132; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien